

Anwohner bei Straßenausbaubeiträgen entlasten!

Liebe Schwicheldter,

nach wie vor ein hochaktuelles politisches Thema im Landkreis Peine bleibt die Frage der Straßenausbaubeiträge. Nachdem die Verpflichtung der Bürger, Straßenausbaubeiträge zu zahlen, bereits vor zwei Jahren in der Gemeinde Hohenhameln abgeschafft wurde, gab es in den vergangenen Monaten auch in den Gemeinden Ilsede, Vechelde und Lengede Überarbeitungen der jeweiligen Satzungen. In allen drei Gemeinden ist es zu Neuregelungen gekommen, die Entlastungen für die Bürger mit sich bringen. In der Gemeinde Wendeburg kämpft eine Bürgerinitiative für die Abschaffung der Ausbaubeiträge. Auch in der Gemeinde Edemissen und in der Stadt Peine kommt jetzt Bewegung in das Thema: In Edemissen fordert die CDU-Fraktion, die Straßenausbaubeiträge in der Gemeinde aufgrund ausreichender finanzieller Spielräume ersatzlos abzuschaffen, in der Stadt Peine hat die CDU ihre gleichlautende Forderung aus dem Jahr 2018 vor Kurzem erneuert.

Gemeinden entscheiden eigenverantwortlich über Beiträge

Ich stehe als Landtagsabgeordneter nach wie vor zu der vorhandenen Regelung. In Niedersachsen gilt das Prinzip der Subsidiarität, das Land überlässt es seinen Gemeinden, selbst darüber zu entscheiden, ob vor Ort Ausbaubeiträge erhoben werden, je nach individueller Situation vor Ort und finanziellen Spielräumen der Gemeinde. Vom Land wird nicht vorgeschrieben, dass Straßenausbaubeiträge zu erheben sind, die Möglichkeit wird den Gemeinden aber eingeräumt, genauso die Möglichkeit der Abschaffung der Beiträge.

Bürger so weit wie möglich entlasten

Was aber um jeden Preis verhindert werden muss, ist, dass einzelne Anlieger durch enorm hohe Beiträge sehr große Summen zu zahlen haben, für die sie sich tief verschulden und etwa in anderen Lebensbereichen deutliche Einschnitte hinnehmen müssen. Deshalb begrü-

ße ich gerade die neuen Regelungen, die der Niedersächsische Landtag im vergangenen Herbst getroffen hat: Gemeinden haben jetzt noch weitere Möglichkeiten, ihre Bürger bei der Zahlung zu entlasten. So können die Beiträge von nun an etwa über bis zu 20 Jahre gezahlt werden, außerdem sollen beispielsweise Inhaber von besonders großen Grundstücken oder Eckgrundstücken nicht übermäßig belastet werden. In vielen Gemeinden hat es dahingehende Überarbeitungen gegeben, generell den von den Anliegern zu zahlenden Anteil zu senken.

Jede mögliche Abschaffung der Ausbaubeiträge ist zu begrüßen

Ich freue mich über jede Gemeinde, die in der Lage ist, komplett auf die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen zu verzichten. Wo immer den Bürgern so eine Erleichterung geschaffen werden kann, begrüße ich das sehr. Die Gemeinde muss aber auch unbedingt selbst für den finanziellen Ausgleich der wegfallenden Einnahmen sorgen und über ausreichend finanziellen Spielraum verfügen, diese Mindereinnahmen kompensieren zu können. Eine Übernahme der Beiträge durch das Land ist zurzeit - auch durch die Coronapandemie - nicht durchführbar.

Th. Christoph Plett

